CSU STADTRATSFRAKTION ERLANGEN

Rathaus, Rathausplatz 1, Zimmer 1.32
91052 Erlangen
Tel. (09131/ 86-24 05
eMail:csu.fraktion@stadt.erlangen.de
www.csu-stadtrat-erlangen.de

Antrag gemäß § 28/ § 29 GeschO
Eingang: **13.10.2026**
Antragsnr.: **146/2026**
Verteiler: **OBM, BM, Fraktionen**
Zust. Referat: **V / 51**
mit Referat: **V / 50**

Herrn Oberbürgermeister
Jörg Volleth
Rathaus
91052 Erlangen

13.10.2026

Betreff: Rückkehr zur gemeinsamen Bescheidung von Betreuungsgebühren und Mittagsverpflegung (BuT) für Kita- und Hortkinder

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Antrag:

Die Verwaltung wird beauftragt:

1. zu der bis Februar 2025 bewährten Erlanger Verwaltungspraxis („Best Practice“) zurückzukehren, bei der die Übernahme des Elternbeitrags (Jugendamt) und die Kostenübernahme für die Mittagsverpflegung im Rahmen von Bildung und Teilhabe (BuT / Sozialamt) in einem gebündelten Verwaltungsverfahren durch das Jugendamt abgewickelt werden:
   – ein einziger Antrag durch die Eltern,
   – ein kombinierter Bescheid für beide Leistungsarten,
   – eine gebündelte Abrechnung direkt gegenüber den Einrichtungsträgern;

2. klarzustellen, dass sich diese verwaltungsseitige Zusammenführung ausschließlich auf die Mittagsverpflegung in Kitas und Horten beschränkt. Alle weiteren Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) verbleiben weiterhin in der originären Zuständigkeit des Sozialamts (Amt 50), um beim Jugendamt keinen zusätzlichen Mehraufwand zu erzeugen;

Begründung:

Bis Februar 2025 galt das Erlanger Verfahren zur Bewilligung von Beitrags- und Essensgeldübernahmen als echtes Vorzeigemodell moderner, bürgernaher Verwaltung. Eltern mussten lediglich einen Antrag einreichen, erhielten einen einzigen zusammenfassenden Bescheid und die Auszahlung an die Träger erfolgte effizient aus einer Hand.

Die jüngste Aufspaltung des Verfahrens hat diese Synergien zerschlagen: Betroffene Familien sehen sich nun mit doppelter Antragstellung und separaten Bescheiden konfrontiert. Aufseiten der Verwaltung entstehen Doppelprüfungen, doppelter Schriftverkehr und parallele Abstimmungsschleifen mit den freien Trägern.

Gerade in Zeiten knapper personeller und finanzieller Ressourcen können wir uns solche neu geschaffenen Doppelstrukturen nicht leisten. Die Rückkehr zur bewährten Bündelung spart Arbeitszeit im Sozialamt, ohne das Jugendamt über Gebühr zu belasten, und stellt sicher, dass Familien schnell und unkompliziert unterstützt werden.

Vielen Dank.

Mit freundlichen Grüßen

Matthias Thurek
Fraktionsvorsitzender

Susanne Härtl
Stadträtin

Grüne | Grüne Liste Rathausplatz 1 91052 Erlangen

Herrn
Oberbürgermeister
Jörg Volleth
Rathausplatz 1
91052 Erlangen

Antrag gemäß § 28/ § 29 GeschO
Eingang: **13.10.2026**
Antragsnr.: **165/2026**
Verteiler: **OBM, BM, Fraktionen**
Zust. Referat: **V / EJC**
mit Referat:

Rathausplatz 1, 91052 Erlangen
Zimmer 130

tel 09131/862781
e-mail: buero@gruene-gl-erlangen.de
gruene-gl-erlangen.de

Erlangen, den 13.10.2026

Haushalt 2027
Antrag zur Haushaltskonsolidierung

Prüfung Mehreinnahmen Café Hergricht

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

das Café Hergricht ist mittlerweile eine feste Institution in Erlangen – es unterstützt Personen bei der Wiedereingliederung in den Jobmarkt und bietet Beschäftigten eine langfristige Perspektive in der Arbeitswelt. Zudem werden der Reperaturservice und das Angebot gut angenommen – es profitiert dabei auch von einem günstigen Standort am Bahnhof. Es ist deshalb schwer vorstellbar, dass das Café Hergricht in andere geeignete Räume in geeigneter Lage unterkommen kann.

Wir bitten zu prüfen, inwiefern das Café Hergricht Mehreinnahmen generieren kann,
z.B. durch eine Erhöhung der Preise.

Mit freundlichen Grüßen

Paulus Guter (Sprecher für Mobilität)
Tina Prietz, Dominik Sauerer (Fraktionsvorsitzende)

F.d.R.: Wolfgang Most (Geschäftsführung)

Freie Wähler Erlangen

Rathausplatz 1, Raum 129, 1. OG, 91052 Erlangen
Stadträte Anette Wirth-Hücking und Felix Meißel,
Tel. 09131/863388, E-Mail: fwg.stadtraete@stadt.erlangen.de

Herrn Oberbürgermeister
Jörg Volleth
Rathausplatz 1

91052 Erlangen

Erlangen, den 08.10.2026

Antrag gemäß § 28/ § 29 GeschO
Eingang: 13.10.2026
Antragsnr.: 185/2026
Verteiler: OBM, BM, Fraktionen
Zust. Referat: I/52, IV/41, V/50, V/51
mit Referat:

Antrag zum Haushalt 2027

Jahr	Referat	Amt	Lfd. Nr.	
2026 2026 2026	I IV V	52 41	**Neu** **Neu**	**Keine pauschale Kürzung freiwilliger Zuschüsse an Vereine und soziale Einrichtungen**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Jörg Volleth,

Zum Haushalt 2027 stellen wir folgenden Antrag:

Antrag

Die Verwaltung wird beauftragt, bei der Bewilligung freiwilliger Zuschüsse an Vereine und soziale Einrichtungen die finanzielle Leistungsfähigkeit der jeweiligen Antragsteller systematisch zu prüfen und die Vergabe stärker am tatsächlichen Finanzierungsbedarf auszurichten.
Dabei sind insbesondere folgende Kriterien zu berücksichtigen:

1. Rücklagen und Vermögenssituation: Die Zuschussempfänger sollen ihre vorhandenen Rücklagen und ihre sonstige finanzielle Situation offenlegen.
2. Zweckbindung: Es ist zu prüfen, ob Rücklagen für konkrete Anschaffungen, notwendige Investitionen, vertragliche Verpflichtungen oder andere nachvollziehbare Zwecke gebunden sind.
3. Tatsächlicher Förderbedarf: Bei der Zuschussentscheidung sind die laufenden Einnahmen und Ausgaben, vorhandene Eigenmittel sowie weitere Fördermittel einzubeziehen.
4. Vorrang des Eigenmitteleinsatzes: Verfügt ein Verein oder eine Einrichtung über hohe, frei verfügbare Rücklagen, für die kein nachvollziehbarer Verwendungszweck besteht, soll grundsätzlich kein städtischer Zuschuss gewährt werden, soweit keine besonderen Gründe entgegenstehen.
5. Einzelfallprüfung: Die Prüfung soll nach einheitlichen, transparenten Kriterien erfolgen. Die notwendige Arbeit ehrenamtlicher Strukturen sowie die Sicherstellung wichtiger sozialer Angebote sind dabei angemessen zu berücksichtigen.

Die Verwaltung wird gebeten, darzustellen, welche Einsparungen durch diese bedarfsgerechte Zuschussvergabe realistisch erzielt werden können.

Freie Wähler Erlangen
Rathausplatz 1, Raum 129, 1. OG, 91052 Erlangen
Stadträte Anette Wirth-Hücking und Felix Meißel,
Tel. 09131/863388, E-Mail: fwg.stadtraete@stadt.erlangen.de

Begründung

Pauschale Kürzungen nach dem sogenannten Rasenmäherprinzip treffen Vereine und soziale Einrichtungen unabhängig von ihrer tatsächlichen finanziellen Situation.

Dadurch können Einrichtungen belastet werden, die ihre Mittel bereits vollständig für ihre laufende Arbeit benötigen, während andere über erhebliche freie Rücklagen verfügen.

Ziel ist es deshalb, Zuschüsse gezielt dort einzusetzen, wo sie tatsächlich benötigt werden. Vorhandene Rücklagen sollen differenziert betrachtet werden: Zweckgebundene Mittel für notwendige Anschaffungen oder absehbare Investitionen sind anders zu bewerten als dauerhaft hohe, frei verfügbare Rücklagen ohne konkreten Verwendungszweck.

So können Einsparpotenziale erschlossen werden, ohne ehrenamtliche Strukturen und wichtige soziale Angebote durch undifferenzierte Kürzungen unnötig zu gefährden.

Mit freundlichen Grüßen

Anette Wirth-Hücking
Stadträtin

Felix Meißel
Stadtrat

ödp IM ERLANGER STADTRAT

Barbara Grille und Joachim Jarosch

Antrag gemäß § 28/ § 29 GeschO	
Eingang:	13.10.2026
Antragsnr.:	198/2026
Verteiler:	OBM, BM, Fraktionen
Zust. Referat:	V / 50
mit Referat:	

An den

Oberbürgermeister der Stadt Erlangen

Jörg Volleth

Erlangen, den 13. Oktober 2026

HH 2027: ÖDP-Antrag_Amt 50_ Arbeitsprogramm: Umsetzung einer flächendeckenden Pflege-Infrastruktur

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

in Erlangen besteht ein wachsender Bedarf an einer tragfähigen und gleichmäßig verteilten sozialen Infrastruktur im Bereich Pflege und Wohnen im Alter. Während einige Stadtteile bereits über Angebote verfügen, sind andere aktuell deutlich unterversorgt.

Ich beantrage daher im Arbeitsprogramm von Amt 50 für das Jahr 2027 zu verankern, dass ein städtisches Handlungskonzept „Pflegeförderung und soziale Infrastruktur" erstellt werde. Ziel des Konzepts soll sein:

- den flächendeckenden Ausbau sozialer und pflegerischer Angebote in allen Stadtteilen planerisch vorzubereiten;
- Möglichkeiten zur Förderung und Unterstützung von Trägern beim Aufbau neuer Pflegeeinrichtungen (stationär, ambulant, Tages- und Nachtpflege) aufzuzeigen;
- Strategien zur Förderung alternativer Wohnformen im Alter zu entwickeln;
- und kosteneffiziente Anreize für private und gemeinnützige Akteure zu definieren, um neue Projekte anzustoßen.

ÖDP-Stadträte Barbara Grille und Joachim Jarosch, Rathausplatz 1, 91052 Erlangen
Tel.: 09131/86-2493 / E-Mail: oedp.fraktion@erlangen.de

Die Stadt soll dabei eine koordinierende und fördernde Rolle einnehmen – vergleichbar mit der Erlanger Wirtschaftsförderung im unternehmerischen Bereich. Eine solche konzeptionelle Grundlage ist Voraussetzung für eine zukunftsfähige, gerechte und flächendeckend verfügbare soziale Infrastruktur in allen Stadtteilen Erlangens.

Mit freundlichen Grüßen

Ihre
ÖDP-Stadträte

Barbara Grille sowie Joachim Jarosch

ÖDP-Stadträte Barbara Grille und Joachim Jarosch, Rathausplatz 1, 91052 Erlangen
Tel.: 09131/86-2493 / E-Mail: oedp.fraktion@erlangen.de

ödp IM ERLANGER STADTRAT

Barbara Grille und Joachim Jarosch

An den

Oberbürgermeister der Stadt Erlangen

Jörg Volleth

Antrag gemäß § 28/ § 29 GeschO	
Eingang:	13.10.2026
Antragsnr.:	201/2026
Verteiler:	OBM, BM, Fraktionen
Zust. Referat:	V / 50 und V / 51
mit Referat:	

Erlangen, den 13. Oktober 2026

HH 2027: ÖDP-Antrag zum Arbeitsprogramm: Bezirksumlage bewerten

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die ÖDP-Stadtratsgruppe beantragt: Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Bezirksumlage in der Haushaltsdarstellung um einen kompakten Überblick über die Leistungen des Bezirks Mittelfranken für Erlangen und die damit verbundenen Entlastungen zu ergänzen.

Hierfür soll die Verwaltung den Bezirk freundlich um fachliche Unterstützung und vorhandene Daten bitten. Im Mittelpunkt stehen Leistungen für Erlanger Bürgerinnen und Bürger in den Bereichen Pflege, Eingliederungshilfe und Soziales sowie die Frage, welche Aufgaben und Kosten der Bezirk übernimmt, die deshalb nicht von der Stadt getragen werden müssen.

Die Übersicht soll möglichst konkrete Zahlen enthalten und zwischen Leistungen für die Bevölkerung und unmittelbaren Entlastungen des Stadthaushalts unterscheiden. Sie ist dem Stadtrat im ersten Halbjahr 2027 vorzulegen; vorhandene Daten sollen dafür genutzt werden.

Begründung: Die Bezirksumlage stellt für Erlangen eine erhebliche finanzielle Belastung dar. Gleichzeitig ermöglicht sie wichtige Leistungen, die Menschen in unserer Stadt zugutekommen und kommunale Aufgaben ergänzen oder entlasten.
Als Bezirksrätin ist mir daran gelegen, dass dieser Zusammenhang verständlich sichtbar gemacht wird. Eine ergänzende Darstellung hilft, die Umlage im Zusammenhang mit ihrem Nutzen zu beurteilen und die Bedeutung der Bezirksebene für Erlangen angemessen zu würdigen.

Mit freundlichen Grüßen

ÖDP-Stadträte Barbara Grille und Joachim Jarosch, Rathausplatz 1, 91052 Erlangen
Tel.: 09131/86-2493 / E-Mail: oedp.fraktion@erlangen.de

Ihre ÖDP-Stadträte Barbara

Grille sowie Joachim Jarosch

IM ERLANGER STADTRAT

Barbara Grille und Joachim Jarosch

ÖDP-Stadträte Barbara Grille und Joachim Jarosch, Rathausplatz 1, 91052 Erlangen
Tel.: 09131/86-2493 / E-Mail: oedp.fraktion@erlangen.de

SPD Fraktion Erlangen

SPD-Stadtratsfraktion Erlangen • Rathausplatz 1 • 91052 Erlangen

Oberbürgermeister Jörg Volleth
Rathausplatz 1
91052 Erlangen

Antrag gemäß § 28/ § 29 GeschO
Eingang: **13.10.2026**
Antragsnr.: **216/2026**
Verteiler: **OBM, BM, Fraktionen**
Zust. Referat: **V / 50**
mit Referat:

13.10.2026

Antrag: Auswirkungen der Einsparmöglichkeiten auf beispielhafte Personas in verschiedenen Lebenslagen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

wir bitten die Verwaltung, den Fachausschüssen (insb. SGA, JHA) zur Haushaltsberatung im November Informationen zur folgenden Frage vorzulegen:

Wie würde sich eine vollständige Umsetzung der am 24.09.2026 in den Stadtrat eingebrachten Einsparmöglichkeiten in Kombination mit dem Haushaltsentwurf auf beispielhafte Personas in verschiedenen sozio-ökonomischen Lagen auswirken?

Das Zusammenwirken verschiedener Kürzungen auf einzelne Personen ist vielschichtig und in seiner Komplexität schwer abzuschätzen. Deshalb bitten wir die Verwaltung, über die Einsparmöglichkeiten der verschiedenen Referate hinweg aufzuzeigen, wie sich in einigen beispielhaften Fällen kumulierte Betroffenheiten darstellen können. Ein Fokus soll dabei auf besonderen sozialen Härten liegen. Solche Personas könnten beispielsweise sein:

- Alleinerziehende Mutter mit Anspruch auf ErlangenPass, zwei Kinder im Kindergarten- und Grundschulalter, wohnhaft im Stadtteil Anger-Bruck
- Paarfamilie mit drei Kindern im Schulalter, wohnhaft am Röthelheim, Anspruch auf ErlangenPass nach Berechnung
- Alleinlebender Rentner, wohnhaft in Büchenbach-Nord

Begründung

Die dem Stadtrat vorgelegte Liste der Einsparmöglichkeiten enthält über die Ämter verteilte Maßnahmen, die wenn sie alle umgesetzt werden, Personen potenziell mehrfach stark belasten; sowohl mit unmittelbaren Effekten auf das verfügbare Einkommen (bspw. durch Kürzungen beim ErlangenPass) als auch mittelbaren Effekten durch Einschränkung oder Wegfall von sozialen Angeboten (bspw. Wegfall von Spiel- und Lernstuben, Seniorenquartiersarbeit, Abenteuerspielplätzen, etc.). Das Zusammenwirken verschiedener Kürzungen auf einzelne Personen ist aufgrund der bisher vorliegenden Informationen schwer abzuschätzen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Philipp Dees
Fraktionsvorsitzender

Sophia Waldmann
Sprecherin für Soziales, Jugend und Familie

Sana Al-Maskari
Sprecherin für Integration

Barbara Pfister
Sprecherin für Frauen und Gleichstellung



f.d.R. Katja Rabold-Knitter
Geschäftsführerin der SPD-Fraktion

SPD-Fraktion Erlangen
Rathausplatz 1
91052 Erlangen

09131 862225
spd.fraktion@stadt.erlangen.de
Ansprechpartnerin: Katja Rabold-Knitter

SPD Fraktion Erlangen

SPD-Stadtratsfraktion Erlangen • Rathausplatz 1 • 91052 Erlangen

Oberbürgermeister Jörg Volleth
Rathausplatz 1
91052 Erlangen

Antrag gemäß § 28/ § 29 GeschO
Eingang: **13.10.2026**
Antragsnr.: **217/2026**
Verteiler: **OBM, BM, Fraktionen**
Zust. Referat: **I / 17**
mit Referat: **V / 50 und EJC**

13.10.2026

Antrag: Digitale Antragswege für Grundsicherung und Wohngeld ermöglichen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

wer Grundsicherung oder Wohngeld beantragt, braucht schnell eine Entscheidung. Es geht um Miete und Lebensunterhalt. Im Erlanger Jobcenter und in der Wohngeldstelle des Sozialamts warten Antragstellende teilweise sehr lange auf ihren Bescheid. Beim Wohngeld zahlen Haushalte mit geringem Einkommen während dieser Zeit die volle Miete selbst. Manche geraten dadurch in Mietrückstände oder Schulden.

Ein wesentlicher Grund für die lange Bearbeitungsdauer sind die analogen Abläufe. Unterlagen kommen per Post oder werden am Schalter abgegeben. Sie müssen eingescannt und zugeordnet werden und werden oft mehrfach nachgefordert, weil Nachweise fehlen. Jeder Postweg und jede Rückfrage kostet Tage. Telefonische Nachfragen zum Bearbeitungsstand (wenn überhaupt möglich) binden zusätzlich Arbeitszeit, die für die Bearbeitung selbst fehlt.

Digitale Angebote würden an diesen Stellen Zeit sparen. Gemeinsam mit dem bereits geplanten KI-gestützten Telefonassistenten, der Standardanfragen rund um die Uhr beantworten soll, entsteht so ein durchgängiges digitales Serviceangebot: Der Telefonbot beantwortet allgemeine Fragen, die App liefert den individuellen Bearbeitungsstand und nimmt Unterlagen direkt entgegen. Wer Nachweise per Smartphone scannt und hochlädt, braucht keinen Postweg; gleichzeitig lässt sich die Abgabe der Unterlagen belegen, die Diskussion um eine Eingangsbestätigung ist damit hinfällig. Eine Benachrichtigung bei neuer Post und eine Statusanzeige ersetzen viele Rückfragen, und vollständige digitale Unterlagen können sofort bearbeitet werden. Das verkürzt die Bearbeitungszeiten und entlastet die Beschäftigten. Das Kommunale Jobcenter Lahn-Dill zeigt, dass Optionskommunen wie Erlangen das umsetzen können.

Wir beantragen deswegen:

1. Jobcenter-App: Die Verwaltung wird beauftragt, für den Eigenbetrieb Erlanger Jobcenter ein digitales Serviceportal einzuführen, das per App und Browser nutzbar ist. Leistungsberechtigte sollen damit mindestens Bescheide sowie Finanz- und Bewilligungsdaten jederzeit abrufen, per Push-Nachricht über neue Post informiert werden und Unterlagen per Scan-Funktion sicher hochladen können.
2. Wohngeld-App: Die Verwaltung wird beauftragt, für die Wohngeldstelle im Sozialamt ein entsprechendes digitales Angebot per App und Browser einzuführen. Es soll mindestens Erst-, Weiterleistungs- und Änderungsanträge, den Upload von Nachweisen per Scan-Funktion, eine Statusanzeige zum Bearbeitungsstand, den Abruf von Bescheiden und eine rechtzeitige Erinnerung an den Weiterleistungsantrag umfassen.
3. KI-Telefonassistenz: Der geplante KI-gestützte Telefonassistent im Erlanger Jobcenter wird so schnell wie möglich umgesetzt.

Begründung

Erlangen hat als Optionskommune den nötigen Gestaltungsspielraum. Die Stadt nimmt die Grundsicherung für Arbeitsuchende seit 2005 in eigener kommunaler Verantwortung wahr, seit dem 1. Januar 2023 über den Eigenbetrieb Erlanger Jobcenter. Anders als in gemeinsamen Einrichtungen mit der Bundesagentur für Arbeit können wir selbst über digitale Services entscheiden. Diesen Spielraum sollten wir nutzen.

Das Kommunale Jobcenter Lahn-Dill ist wie Erlangen ein zugelassener kommunaler Träger. Es hat sein Serviceportal nach einer Testphase am 15. September 2025 für alle Kund*innen freigeschaltet. Bescheide sowie Finanz- und Bewilligungsdaten sind dort jederzeit online abrufbar, neue Post wird per Benachrichtigung gemeldet, und Dokumente lassen sich per Scan-Funktion in der App hochladen. Das spart den Leistungsberechtigten und der Verwaltung Zeit, Wege und Porto.

Beim Wohngeld ist der Bedarf besonders groß. Seit der Wohngeld-Plus-Reform 2023 ist der Kreis der Berechtigten deutlich gewachsen, und Weiterleistungsanträge fallen regelmäßig an. Fehlende Unterlagen und Rückfragen verzögern die Bearbeitung. Mit Statusanzeige, Scan-Upload und Erinnerungsfunktion gibt es weniger Nachfragen am Telefon und am Schalter, und die Bescheide kommen früher.

Die Verwaltung profitiert ebenfalls. Vollständig und digital eingereichte Unterlagen müssen nicht mehr gescannt, zugeordnet und nachgefordert werden. Die Beschäftigten im Jobcenter und in der Wohngeldstelle gewinnen Zeit für Beratung und Vermittlung, also für die Aufgaben, bei denen der persönliche Kontakt zählt.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Philipp Dees
Fraktionsvorsitzender

Sophia Waldmann
Sprecherin für Soziales

Munib Agha
Sprecher für Haushalt und Digitalisierung

Sana Al-Maskari
Mitglied im SGA

Katja Rabold-Knitter

f.d.R. Katja Rabold-Knitter
Geschäftsführerin der SPD-Fraktion